

Bin Ladens Leibwächter abgeschoben und soll wieder einreisen dürfen

Für den aus Deutschland abgeschobenen Gefährder beginnt ein neues Kapitel als Terrorverdächtiger. In Tunesien sieht er einer ungewissen Zukunft entgegen - wenn er nicht nach Deutschland zurückgeholt wird. Genau hier würde aber der Wahnsinn sich fortsetzen, denn anstatt sich über die sinnvolle Rückführung zu freuen, engagieren sich Gutmenschen und Betroffenheitsverwirrte für seine Rückholung. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte seine Abschiebung für „grob rechtswidrig“ erklärt und forderte die deutschen Behörden zur Wiederaufnahme auf. Es hatte entschieden, dass Sami A. Folter drohen könne und er daher nicht abgeschoben werden darf. Allerdings übermittelte es den Beschluss erst, als das Flugzeug schon in der Luft war.

Die tunesische Justiz will den aus Deutschland abgeschobenen Gefährder allerdings erst einmal nicht zurückschicken. Dieser Entschluss könnte Deutschland vor einem weiteren Islamisten und Gefährder bewahren. Bereits nach der Landung erfolgte die Verhaftung des Ausgelieferten. Die tunesischen Behörden ermitteln nun nach eigenen Angaben, ob Sami A. in „extremistische Aktivitäten“ verwickelt war. In Deutschland konnten die Gerichte ihm das nie eindeutig nachweisen. In Tunesien verfügen die Behörden über einen weit tieferen Einblick in ihre nationale Dschihadistenszene und deren internationalen Verbindungen als ihre deutschen Kollegen. Tunesische Sicherheitsdienste können z.B. auf ein größeres Informationspool zurückgreifen. Es wäre kein Wunder, wenn herausgefunden würde, dass Sami A. tatsächlich in Deutschland kriminell aktiv gewesen war. So verdanken auch Frankreich und Belgien übermittelten Informationen wichtige Fahndungserfolge.

Letztendlich ist die Abschiebung zu begrüßen, denn jeder abgeschobene Gefährder führt zu einer sinkenden Terrorgefahr in unserem Land. Deutlich wird aber an dem Fall, wie schwierig es ist Personen wieder rückzuführen. Nicht ohne Grund waren wir Republikaner immer gegen die grenzenlose Einwanderung. Ohne Kontrollen wurde Deutschland überrannt, obwohl der IS (Islamische Staat) frühzeitig mitgeteilt hat, dass er seine Kämpfer unter die Asylbewerber mischen würde. Zwar kam dieser Gefährder bereits 1997, aber er ist nur eine Person von vielen. Ebenso ist es mit Vernunft nicht mehr nachvollziehbar, dass Sami A. auf Staatskosten leben durfte und nicht bereits umgehend eine Abschiebung erfolgte ist.

REP-Kundgebung in Niedersachsen



Demonstration und Kundgebung in Göttingen/Grone

18.08.2018
14:00 UHR

DIESE EU IST NICHT UNSER EUROPA
EUROPA WIR KOMMEN

RICHTIG EHRLICHE POLITIK



Im Zuge des Europawahlkampfes führt unsere Partei in allen Bundesländern auch öffentliche Kundgebungen durch. Am 18.08.18 findet z.B. in Göttingen eine Veranstaltung statt. Mehrere Redner werden hier unsere Positionen vorstellen.

EUGH: Rituelles Schlachten bleibt verboten

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass das rituelle Schlachten verboten bleibt. Geklagt hatten belgische Muslime, die die Vorgaben für das betäubungslose Schlachten und Ausblutenlassen als Freiheitseingriff beim Opferfest empfinden. Die Richter bestätigten dagegen die Vorschriften des Landes, nach denen Tiere nur ausnahmsweise und dann in extra zugelassenen Schlachthöfen geschächtet werden dürften. Tiere müssen in der EU grundsätzlich betäubt werden, bevor man sie tötet. Diese Regelung gilt auch in Deutschland. Nur Ausnahmen für das Schächten werden erlaubt, solange sie nicht zur Regel werden. Damit hat das Gericht auch der fortschreitenden Islamisierung Europas einen kleinen Riegel vorgeschoben und Tiere vor dem systematischen Ausbluten geschützt.

Ausweitung der Schleierfahndung im Süden

Zur wirksamen Begrenzung illegaler Einreise fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft von Innenminister Strobl mehr Schleierfahndung im Südwesten. Die bayerische Lösung einer konzeptionellen und professionellen Schleierfahndung sei ein Erfolgsmodell. Die Zahlen sprechen für sich - auch die Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung, sagte DPoIG-Landesvorsitzender Kusterer gegenüber der Presse. Als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung wurden die mobile Fahndung und Grenzkontrollen genannt, die der grenzübergreifenden Kriminalität entgegenwirken könnten. Wir Republikaner begrüßen diesen Vorschlag. Zwar sind Grenzkontrollen eigentlich Aufgabe der Bundespolizei, aber nach den bisherigen Leistungen müssen einzelne Bundesländer selber aktiv werden.

Abschiebereif, aber trotzdem in Deutschland

So dürfte es in fast allen Städten aussehen: Eine Anfrage der Republikaner im Rat der Stadt zeigt die hohe Zahl von Asylbewerbern auf, die ausreisepflichtig sind. Hauptgründe der ausbleibenden Abschiebung sind: Fehlende Ausweispapiere, unklare Identität, gesundheitliche Gründe, familiäre Bindungen. In Nordrhein-Westfalen befanden sich zum 30. April 2018 insgesamt 52.918 ausreisepflichtige Personen mit dem Status einer Duldung. Abschiebungen können ausgesetzt werden, wenn z.B. Hindernisse i.S.d. § 60 AufenthG vorliegen. Hierzu zählen auch körperliche Gebrechen, die die Reisefähigkeit beeinträchtigen. Mit dem Asylpaket II wurden auch Änderungen im Bereich „Abschiebeschutz aus gesundheitlichen Gründen“ vorgenommen.

Medizinische Abschiebehindernisse sollen gem. § 60 Abs. 7, S.2. AufenthG nur noch anerkannt werden, wenn es sich um „lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankungen handelt, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden“. Landesweit sind in NRW in über 1.700 Fällen keine Rückführungen vorgenommen worden. 415 Fälle soll es alleine im Regierungsbezirk Düsseldorf geben. Es gibt viele Abschiebehindernisse, die dazu führen, dass rund ein Sechstel der Düsseldorfer Asylanten und Flüchtlinge immer noch in Deutschland sind, obwohl sie längst hätten abgeschoben werden müssen. Bei einigen Volksgruppen drängt sich dabei der Verdacht auf, dass sie ganz gezielt ihre Abschiebungen mit angeblichen Krankheiten verhindern. Diese Personengruppen stammen aus dem Bereich des ehem. Jugoslawien und haben nahezu keine Aussicht auf Asyl.

Unterschriftensammlung Europawahl

Aufgrund der Nachfragen: Bitte beide Seiten des Unterschriftensformulars ausdrucken und nur Originale an uns zurücksenden. Für unsere Teilnahme an der Europawahl benötigen wir mindestens 4.000 bestätigte Unterstützungsunterschriften. Unterzeichnen darf jeder EU-Bürger, der mindestens 18 Jahre alt ist. Sie können das Formular online aufrufen und ausdrucken: <https://www.die-republikaner.net/europawahl/unterschriften/>

Rücksendung an: Die Republikaner, Pf. 140407, 40074 Düsseldorf

Wir nehmen Abschied von Wolfgang Meier

Mit Wolfgang Meier ist ein langjähriger und aktiver Parteifreund von uns gegangen. Über 25 Jahre gehörte er unserer Partei an und bekleidete im Kreis-, Bezirk, Landes- und Bundesvorstand verschiedene Ämter.



Besonders im Stadtrat galt er als kompetenter und unbequemer Gegner. Trotz seiner langen und schweren Krankheit kämpfte er bis zum Schluss und scheute selbst Wahlkämpfe nicht.

Am Samstag ist er nun von uns gegangen. Wir werden unseren treuen Weggefährten immer in guter Erinnerung behalten. Der Termin der Beisetzung ist uns bisher noch nicht bekannt.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer.



Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. in Bruchsal, 26.07, um 18.30 Uhr und Wiesental, 29.07, 10.00 Uhr. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.